



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 29. September 2023 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

in dieser Woche wurde eine weitere Bestandsaufnahme der inneren Verfasstheit der Ampel-Koalition an die Öffentlichkeit herangetragen. Das Veto der Grünen, insbesondere betrieben von der Außenministerin Annalena Baerbock, zu einem Baustein des jüngst verabredeten EU-Asylpakets wurde vom Kanzler im Wege eines „Machtwortes“ beseitigt.

Auch wenn die Anlässe, den Bundeskanzler zu loben, aus Sicht eines Oppositionspolitikers rar sind, muss ich hier meine Anerkennung für diese Entscheidung des Bundeskanzlers aussprechen. Gleichzeitig muss sich der Kanzler einmal mehr Fragen über den Zustand seines Kabinetts gefallen lassen, denn das Baerbock-Veto, das den Deutschen in Europa in den vergangenen Tagen den Ruf als Bremser der Neuordnung der Europäischen Asylpolitik eingebracht hat, war ein Frontalangriff auf Ihre Kabinettskollegin Nancy Faeser.

Unterdessen konstatierte der FDP-Generalsekretär jüngst, dass er in den Grünen ein „Sicherheitsrisiko für das Land“ sähe. Neben den in den kommenden beiden Seiten beleuchteten Themen – Migration, Baukrise und Clankriminalität – stand auf Initiative meiner Fraktion auch ein zukunfts wichtiges Technologiethema auf der Tagesordnung. Künstliche Intelligenz (KI) ist eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts, die enorme Potenziale für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt birgt. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung unter anderem auf, die notwendigen Voraussetzungen für die Bereitstellung geeigneter Rechenkapazitäten für die Erstellung großer KI-Modelle zu schaffen. Deutschland muss ein weltweit führender KI-Standort werden und damit die Chancen von KI für Wohlstand und Lebensqualität nutzen. Ob Bildungseinrichtung, Bundesverwaltung oder Berufsausübung: KI wird alle Bereiche beeinflussen.

Herzlichst, Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- **Clan-Kriminalität bekämpfen**
- **Deutschland aus der Baukrise führen**
- **Deutschland-Pakt in der Migrationspolitik**
- **Solarstrom-Fördertopf bereits nach einem Tag leer**

Null Toleranz bei Clankriminalität.

Unser Rechtsstaat ist durch Clankriminalität in besonderem Maße herausgefordert: Vor allem in Großstädten haben sich die Aktivitäten von Clans in den letzten Jahren zu einem sichtbaren Phänomen allgemeiner und organisierter Kriminalität entwickelt. Als „Clans“ werden großfamiliäre Strukturen bezeichnet, bei denen ein erheblicher Teil von Familienmitgliedern in kriminelle Machenschaften verstrickt sind. Die Spannbreite reicht von Bagatelldelikten bis hin zu schweren Verbrechen wie Mord und Totschlag, Drogenhandel und gewaltsam ausgetragenen Konflikten verfeindeter Clanfamilien auf offener Straße. Hinzu kommt die generelle Missachtung elementarer Prinzipien unseres Rechtsstaats und eine grundsätzliche Ablehnung unserer Rechts- und Werteordnung.

Standpunkt: Wir wollen der Clankriminalität mit einer Null-Toleranz-Strategie entgegenreten. Zur Bekämpfung der Clankriminalität wollen wir die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden stärken und ihnen die erforderlichen Instrumente für effektive Ermittlungen an die Hand geben. Wir brauchen noch wirksamere Regeln, um illegal erworbenes Vermögen besser abschöpfen zu können. Kriminelle Clanmitglieder mit ausländischer Staatsangehörigkeit müssen konsequent ausgewiesen und abgeschoben werden. •

Deutschland aus der Baukrise führen.

Deutschland befindet sich in einer echten Wohnungsbaukrise. Die Lage ist dramatisch: Die Baugenehmigungszahlen brechen flächendeckend ein, die Auftragsbücher der Unternehmen laufen leer und Projekte werden reihenweise storniert. Von Januar bis Juli 2023 gingen diese um mehr als ein Drittel bei Einfamilienhäusern, um über 50 Prozent bei Zweifamilienhäusern und um ein gutes Viertel Prozent bei Mehrfamilienhäusern im Vergleich zum 1. Halbjahr 2022 zurück. Einige Unternehmen mussten bereits Insolvenz anmelden, viele andere sind in finanzielle Schieflage geraten.

Standpunkt: Wir brauchen jetzt einen Impuls für mehr und bezahlbaren Wohnungsbau. Die Ampel-Regierung hatte bis zum Baugipfel am Montag beim Bundeskanzler alle Hilferufe aus der Bauwirtschaft ungehört verhallen lassen. Leidtragende sind die vielen hunderttausend Menschen, die auf der Suche nach einer bezahlbaren Wohnung sind. Die auf dem Gipfel angekündigten Maßnahmen greifen auch manche unserer Forderungen auf. Sie reichen aber längst nicht aus. Der Bundeskanzler steht hier persönlich in der Verantwortung. Schließlich hatte sich er sich im Bundestagswahlkampf die Schaffung bezahlbaren Wohnraums auf die Fahnen geschrieben. Wir fordern einen Dreiklang aus Kostensenkungen, steuerlichen Maßnahmen und gezielter Förderung. •

Deutschland-Pakt in der Migrationspolitik muss jetzt kommen.

Wir sind an der Schwelle zur vierten Woche, seitdem Bundeskanzler Scholz in der Generaldebatte des Deutschen Bundestags am 6. September 2023 einen "Deutschland-Pakt" vorgeschlagen hat. In dem dazugehörigen Papier des Bundeskanzleramts befinden sich zwar vage Aussagen zur Migrationspolitik, aber: passiert ist seitdem von Seiten der Bundesregierung nicht wirklich viel. Die Regierung und die sie tragenden Fraktionen sind nicht auf uns zugekommen mit Vorschlägen, über die wir sprechen könnten. Wie der Disput von Außenministerin Baerbock und Innenministerin Faeser, der durch ein Kanzler-Machtwort beendet wurde, zeigt: Es gibt keine Einigkeit in der Ampelkoalition über eine Migrationspolitik.

Standpunkt:

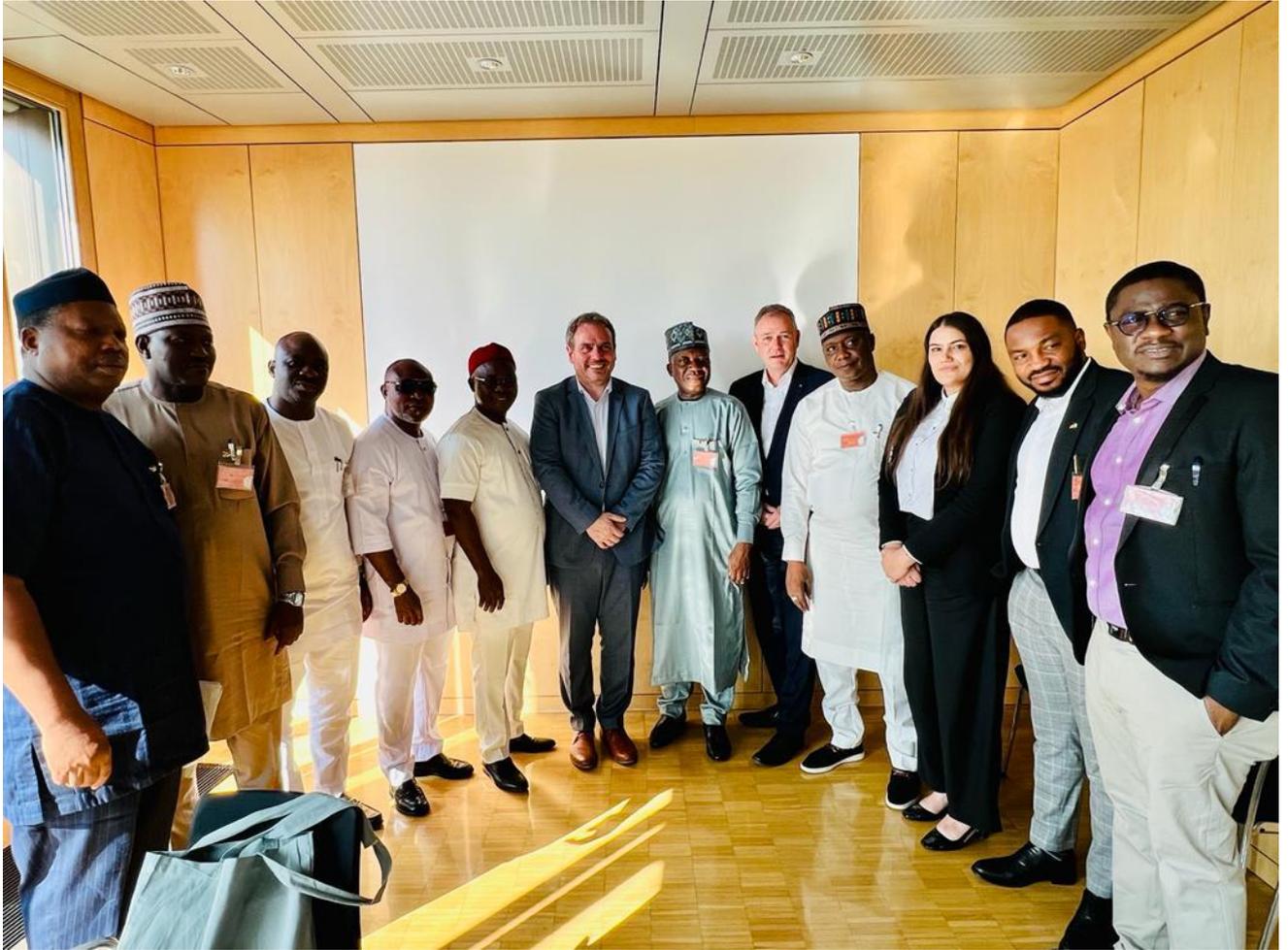
Wir haben den Bundeskanzler beim Wort genommen und ein konkretes Angebot für einen Deutschland-Pakt in der Migrationspolitik vorgelegt. Die Antwort der Ampelkoalition ist enttäuschend – sie ist weiter uneins, streitet und ist nicht in der Lage, eine konkrete migrationspolitische Position zu formulieren. Die Bevölkerung hat einen Anspruch, zu erfahren, wie der Bundeskanzler das für unsere Gesellschaft so dringende Problem der irregulären Migration lösen will. •

Solarstrom-Fördertopf nach einem Tag leer.

Schnell musste sein, wer für sein E-Auto Zuschüsse vom Bund haben wollte. Nur einen Tag nach dem Start wurde das von Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) gestartete Solarförderprogramm für Elektromobilität gestoppt. So groß war nämlich der Ansturm auf die Fördermittel in Höhe von insgesamt 300 Millionen Euro für das erste Jahr. Bis zu 10.200 Euro Zuschüsse konnten sich Antragsteller sichern.

Standpunkt:

Einerseits eine gute Nachricht: Dass der Topf binnen kürzester Zeit leer war, spricht dafür, dass die Nachfrage nach Solarenergie in der Bevölkerung groß ist. Doch es gibt auch berechtigte Kritik an den Kriterien, die Antragsteller erfüllen mussten: Das Programm richtete sich nur an diejenigen, die Eigentümer eines E-Autos sowie eines selbst genutzten Wohngebäudes sind. Mieter und Wohnungseigentümergeinschaften schauten in die Röhre. Gerade im städtischen Raum, wo die Installation von Wallboxen und Solaranlagen deutlich teurer und aufwendiger ist, sollte eine entsprechende Förderung bestehen. Auch das Windhundprinzip, wonach die Schnellsten belohnt werden, und diejenigen, die bisher noch keine entsprechenden Überlegungen hatten und nicht vorbereitet waren, bestraft, stößt hier an seine Grenzen. •



Hoher Besuch aus Nigeria.

Gemeinsam mit meinem Kollegen Carsten Brodesser konnte ich in dieser Woche die Präsidenten verschiedener Landesparlamente Nigerias im Bundestag begrüßen. Als Berichterstatter meiner Fraktion für Westafrika liegt mir der Austausch mit Parlamentariern aus dieser Region sehr am Herzen.

Wir diskutierten über die Möglichkeiten einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit, tauschten Ideen über eine engere Partnerschaft im Hochschulbereich aus, aber auch über strategische Fragen, die unsere beiden Länder betreffen.

Nigeria ist nicht nur das bevölkerungsreichste Land Afrikas, sondern auch ein Anker der Stabilität und Demokratie in einer stark herausgeforderten Region. Dabei ist es nicht übertrieben zu sagen, dass es ein wertvoller Wertepartner auf dem afrikanischen Kontinent ist.

Vielen Dank an die Konrad-Adenauer-Stiftung, die den informativen Austausch organisiert hat und die Parlamentarier im Rahmen eines Dialogprogramms begleitet. •

Starke Unterstützung aus dem Wahlkreis.

In den vergangenen zwei Wochen hatten mein Büro und ich wieder tatkräftige Unterstützung aus dem Wahlkreis. Korbinian aus Usingen konnte während seines Praktikums viele interessante Eindrücke von der parlamentarischen Arbeit im Bundestag gewinnen. Auch Besuche im Bundeskanzleramt, Bundesrat und dem Abgeordnetenhaus des Landes Berlin standen auf dem Plan.

Vielen Dank für Deine Unterstützung, lieber Korbinian! •



Die gute Nachricht der Woche: Deutschland kauft Raketenabwehrsystem aus Israel.

Deutschland und Israel haben den Kauf des Raketenabwehrsystems „Arrow 3“ schriftlich vereinbart. Eine entsprechende Absichtserklärung wurde diese Woche von Bundesverteidigungsminister Pistorius und seinem israelischen Amtskollegen Gallant unterzeichnet.

Mit den Lenkflugkörpern können weitreichende feindliche Flugkörper in über 100 Kilometern Höhe außerhalb der Erdatmosphäre durch einen direkten Treffer zerstört werden. Laut dem Verteidigungsressort soll das System einen Beitrag zum Schutz Deutschlands, der Bevölkerung und kritischer Infrastruktur leisten. Nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sollen dabei etwaige Angriffe aus der Exklave Kaliningrad unwirksam gemacht werden.

Nicht nur ist das der größte Rüstungsdeal der israelischen Geschichte. Auch vor dem Hintergrund der besonderen Beziehungen beider Länder ist es ein Meilenstein. „Deutschland hat Israels Sicherheit, heute sind wir stolz, dass wir dasselbe für Deutschland tun, unseren strategischen Partner“, so Israels Verteidigungsminister Gallant bei der Zeremonie. Dies sei 80 Jahre nach dem Holocaust ein bewegender Moment für jeden Juden – nicht zuletzt für ihn als Sohn und Enkel von Shoah-Überlebenden. •